

Nr. 28/2001

Sankt Augustin, Juli 2001

POLITIKKOMPASS

Ambivalente Haltung gegenüber der PDS

- **Die Lage in Berlin**
- **Auswirkungen der schlechten Konjunkturdaten**

Viola Neu

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 02241 / 246 - 630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu
Team „Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung“
Telefon: 02241 / 246 - 249
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift: Rathausallee 12, 53 757 Sankt Augustin

1. Das politische Klima¹

Das politische Klima hat sich nach den neuesten Zahlen von Infratest dimap für die Union verschlechtert, während die SPD ihr Vormonatsniveau halten kann. Die aktuell gemessenen Wähleranteile der Union schwanken zwischen 33 und 36 Prozent. Die Spannbreite für die SPD liegt zwischen 37 und 41 Prozent. Leicht verbessern konnte sich die FDP, die mittlerweile von zwei Instituten (Infratest dimap und Institut für Demoskopie Allensbach) zweistellig gemessen wird. Auch die PDS kann einen Aufwärtstrend verbuchen. Der Zuwachs der PDS um 2 Punkte ist auf die gewachsene Zustimmung in den neuen Ländern zurückzuführen (20 Prozent Juni; 25 Prozent Juli).

Entwicklung der Wähleranteile im Juni/Juli - Bundesgebiet insgesamt -				
	Infratest dimap	Forschungsgruppe Wahlen	Institut für Demoskopie Allensbach	Emnid
CDU/CSU	34 (-3)	36 (+/-0)	33,4 (-0,2)	36 (+/-0)
SPD	39 (+/-0)	41 (+/-0)	37,1 (-1,0)	39 (-2)
Bündnis 90/Die Grünen	7 (+/-0)	5 (+/-0)	7,9 (+/-0)	7 (+/-0)
FDP	10 (+1)	8 (+/-0)	11,1 (+0,9)	9 (+2)
PDS	7 (+2)	5 (+/-0)	6,0 (+0,3)	5 (+/-0)
REP (bzw. Rechte)			1,6 (-0,4)	2 (-1)
Sonstige	3 (+/-0)	5 (+/-0)	2,9 (+0,4)	2 (+1)
Angaben in % der Wähler; Angaben in Klammern: vgl. Vormonat Infratest dimap (28. Juni – 3. Juli 2001) Forschungsgruppe Wahlen (18. Juni – 21. Juni 2001) Institut für Demoskopie Allensbach (30. Mai – 11. Juni 2001) Emnid (n-tv vom 23. Juni 2001)				

¹ Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Infratest dimap, Deutschland Trend Juli 2001; Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Juni 2001; Emnid, ntv vom 23. Juni 2001; Institut für Demoskopie Allensbach, in FAZ vom 20. Juni 2001.

2. Die Lage in Berlin

Die am 21. Oktober stattfindenden Neuwahlen des Berliner Abgeordnetenhauses können auch für die Bundestagswahl Signalwirkung haben. Kommt es zu einer rot-grün-roten Koalition oder zu einer rot-roten Koalition, ist nicht mehr auszuschließen, dass die PDS auch auf Bundesebene hoffähig wird. Nach den aktuellen Meinungsumfragen würde derzeit eine Koalition von SPD und PDS auf ca. 50 Prozent der Stimmen kommen. Damit wären die Grünen für die Regierungsbildung nicht mehr nötig.

Allerdings ist das Meinungsklima in Berlin noch lange nicht gefestigt, so dass die Ausgangslage für die Wahl offen ist. Derzeit ist nicht absehbar, welche Motive die Wahl der Bürger in erster Linie prägen werden. Daher sollten die bislang veröffentlichten Meinungsumfragen nicht überinterpretiert werden. Nach den bisherigen Veröffentlichungen zeichnen sich Verluste für die CDU und Gewinne für die FDP und die SPD ab. An den Ergebnissen der Meinungsumfrage für die PDS lässt sich noch kein eindeutiger Trend erkennen.

Sonntagsfrage Berlin

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?

	21. Juni 2001 Infratest dimap %	2. Juli 2001 Forsa %	Wahlergebnis 1999 %
CDU	30	30 (+/-0)	40,8
SPD	28	32 (+2)	22,4
PDS	22	18 (+2)	17,7
GRÜNE	9	9 (-4)	9,9
FDP	7	7 (+/-0)	2,2
Sonstige	4	keine Angabe	7,1

Angaben in Klammern: Vgl. zum Vormonat

Quelle: Kontraste 21. Juni 2001, Süddeutsche Zeitung 2. Juli 2001

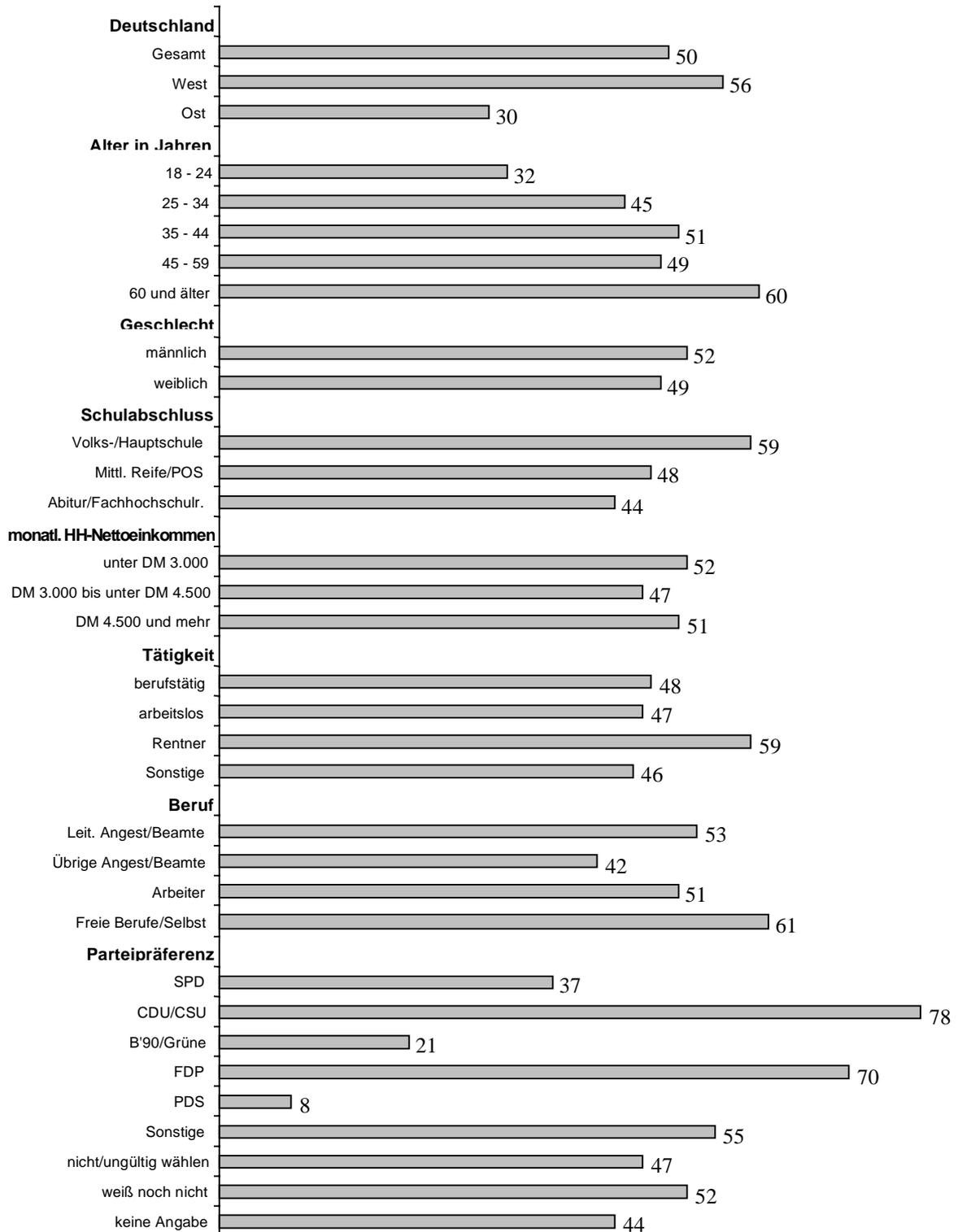
Die Stimmungslage gegenüber der PDS ist von widersprüchlichen Momenten geprägt. Eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin und im Bund wird mehrheitlich abgelehnt, wobei eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene auf größere Ressentiments stößt. Betrachtet man die bundesweite Akzeptanz einer Koalition in Berlin unter Einschluss der PDS, ist die Anzahl von Befürwortern mit 16 Prozent ausgesprochen gering. Ein knappes Drittel wäre bereit eine solche Koalition hinzunehmen, falls es für die Regierungsbildung notwendig sein sollte, und die Hälfte der Bundesbürger würde eine solche Koalition ablehnen (Infratest dimap). Bei der Forschungsgruppe Wahlen ist der Anteil derjenigen, die eine Beteiligung an der Berliner

Regierung ablehnen, etwas geringer (45 Prozent). Eine Koalition auf Bundesebene würden 58 Prozent der Deutschen ablehnen (Forschungsgruppe Wahlen).

Erwartungsgemäß fällt die Akzeptanz einer möglichen Regierungsbeteiligung der PDS in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich aus. In den neuen Bundesländern würden 37 Prozent eine Koalition unter Einschluss der PDS befürworten; in den alten Bundesländern beträgt der Anteil 10 Prozent. Je jünger die Wähler sind, desto geringer ist der Anteil derjenigen, die eine solche Koalition grundsätzlich ablehnen. Bei den 18- bis 24-jährigen lehnt nur ein Drittel eine SPD-PDS-Koalition grundsätzlich ab, bei den über 60-jährigen sind es 60 Prozent. Zudem stehen Befragte mit einem niedrigen Bildungsniveau (59 Prozent), Rentner (59 Prozent), Leitende Angestellte (53 Prozent) und Angehörige der Freien Berufe (61 Prozent) einer PDS Regierungsbeteiligung sehr reserviert gegenüber. Sowohl Anhänger der Union (78 Prozent) als auch Anhänger der FDP (70 Prozent) gehören überdurchschnittlich stark zu den Gegnern.

Koalition SPD – PDS: Nur grundsätzliche Ablehnung

In Berlin finden ja im Herbst Neuwahlen zum Landesparlament statt. Die Berliner SPD schließt eine Koalition mit der PDS nach den Neuwahlen nicht aus. Würden Sie eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin befürworten, hinnehmen, falls dies für die Regierungsbildung notwendig sein sollte oder grundsätzlich ablehnen?



Angaben in %, Infratest dimap (Juli 2001)

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Zwar lehnt eine Mehrheit der Deutschen eine Regierungsbeteiligung der PDS ab, gleichzeitig ist eine Mehrheit der Deutschen (60 Prozent) der Meinung, dass man mit der PDS wie mit einer normalen Partei umgehen sollte (Forschungsgruppe Wahlen). Allerdings sind in dieser Frage die unterschiedlichen Anhängerschaften stark gespalten. Während nur 12 Prozent der Anhänger der Grünen einen normalen Umgang ablehnen, sind es bei der SPD 21 Prozent, der FDP 40 Prozent und bei der Union 53 Prozent.

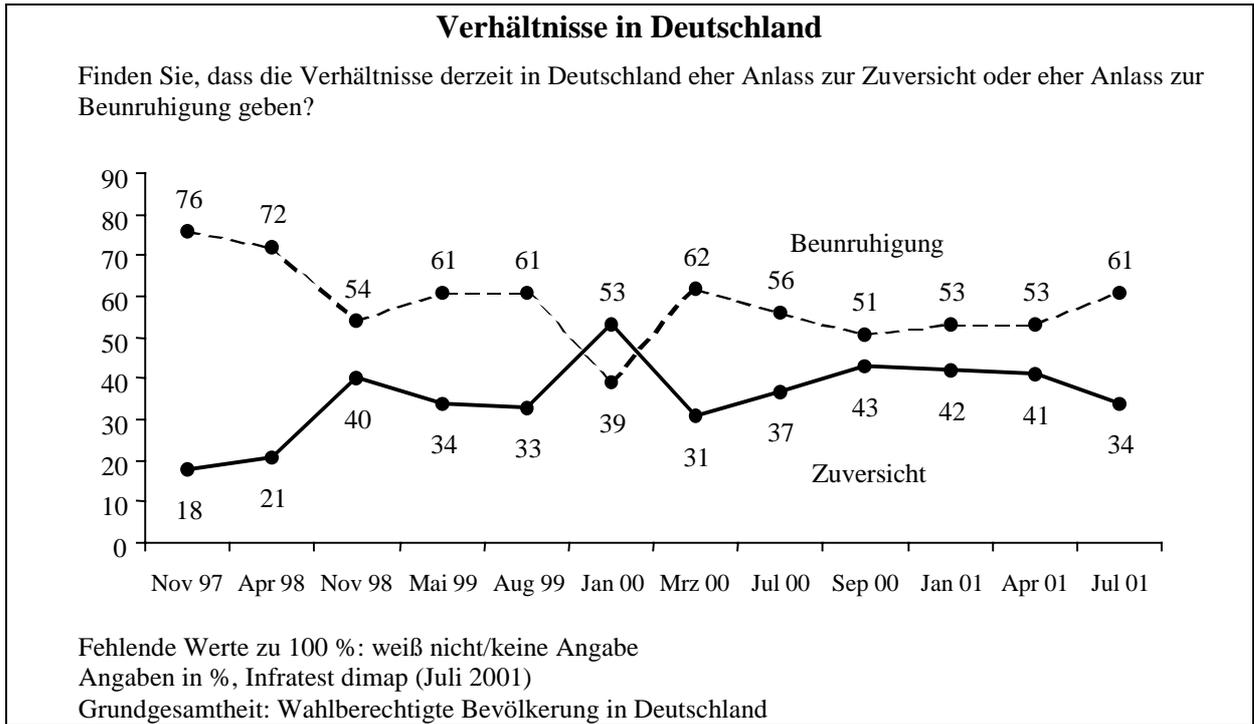
Diese liberale Einstellung gegenüber der PDS ist wahrscheinlich nicht darauf zurückzuführen, dass die PDS als Partei positiv wahrgenommen wird. Das Image der PDS weist nach wie vor eher negative Seiten auf. So sind 72 Prozent der Deutschen (Forschungsgruppe Wahlen) davon überzeugt, dass die PDS nicht mit ihrer Vergangenheit gebrochen habe. 70 Prozent sprechen der PDS ab, eine außen- und sicherheitspolitisch verlässliche Partei zu sein (Emnid, in: Die Welt vom 20. Juni 2001). Weitere 64 Prozent sind der Ansicht, dass die PDS trotz aller Erklärungen nicht glaubwürdiger ist (Infratest dimap, in: Kontraste vom 21.6.01).

Somit scheint sich der zwiespältige Eindruck, der für die PDS in den Medien besteht, seine Spuren in der Wahrnehmung der Partei durch die Bevölkerung hinterlassen zu haben. Die Partei als Ganzes scheint stärker stigmatisiert zu sein als Teile der Partei. So scheint z.B. Gregor Gysi eher positiv zu wirken. Nach einer Umfrage von Infratest dimap (Tagesspiegel vom 22. Juni 2001) trauten 29 Prozent der Berliner Gysi am ehesten zu, als Regierender Bürgermeister die Probleme Berlins zu lösen. Damit lag er knapp hinter Klaus Wowereit, SPD (33 Prozent) und vor Frank Steffel, CDU (21 Prozent).

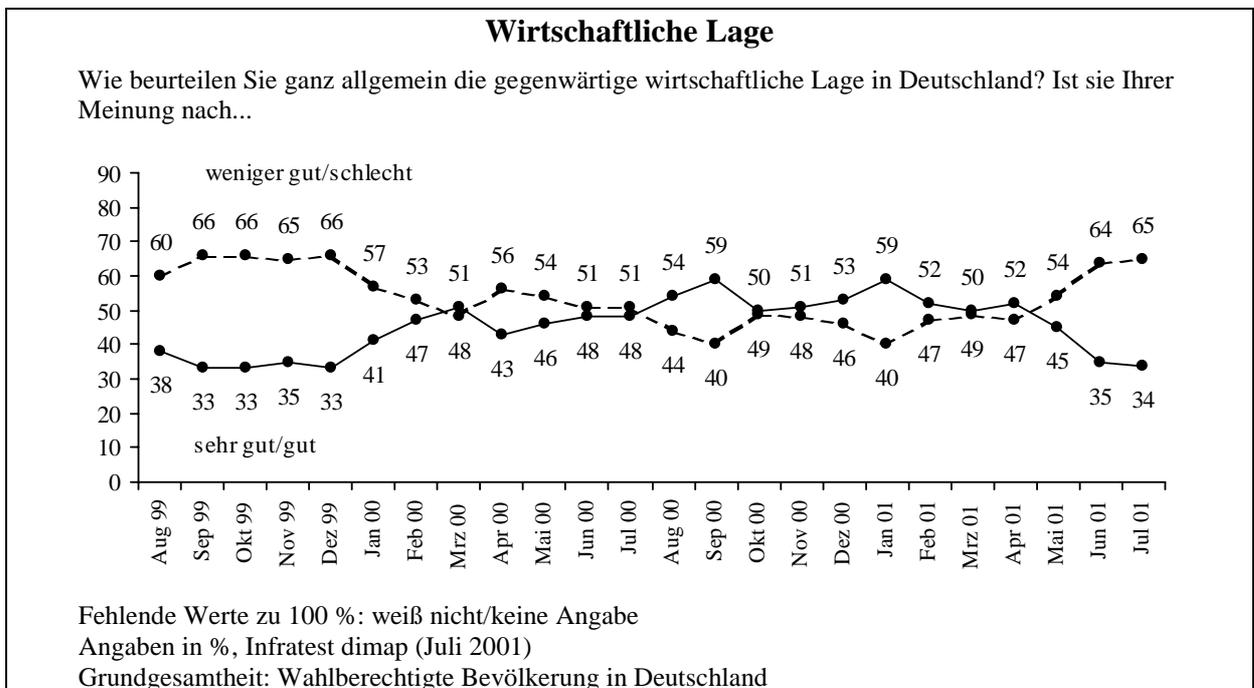
3. Auswirkungen der Konjunkturdaten

Seit der Präsidentschaftswahl in der USA und dem Debakel um die Auszählung der Stimmen sind negative Schlagzeilen aus der Wirtschaft an der Tagesordnung. Nachdem zuerst die Aktienkurse nachgaben, werden immer häufiger schlechte Konjunkturdaten und negative Wachstumsprognosen veröffentlicht.

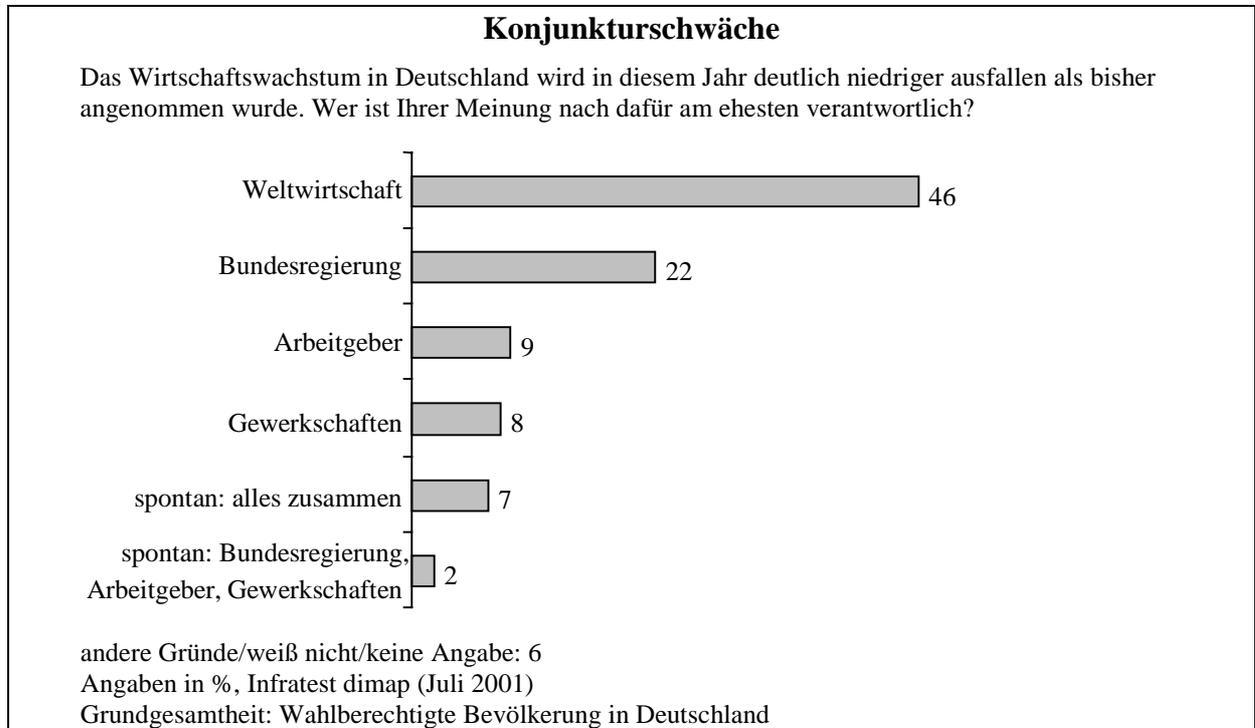
Die Schere zwischen denjenigen, die eher Anlass zur Beunruhigung sehen, und denjenigen, die eher Anlass zur Zuversicht haben, hat sich im Juli stark geöffnet. So ist der Anteil der kritischen Stimmen auf 61 Prozent angestiegen (+8 Punkte im Vergleich zum April 2001) und der Anteil derjenigen, die keinen Anlass zur Besorgnis sehen auf 34 Prozent gesunken (-7 Punkte).



Parallel zu dieser Entwicklung wird auch die allgemeine wirtschaftliche Lage seit Mai 2001 immer skeptischer beurteilt. Nur noch ein Drittel der Bundesbürger bewerten die wirtschaftliche Lage optimistisch, bei 65 Prozent ist eine pessimistische Grundstimmung vorhanden.



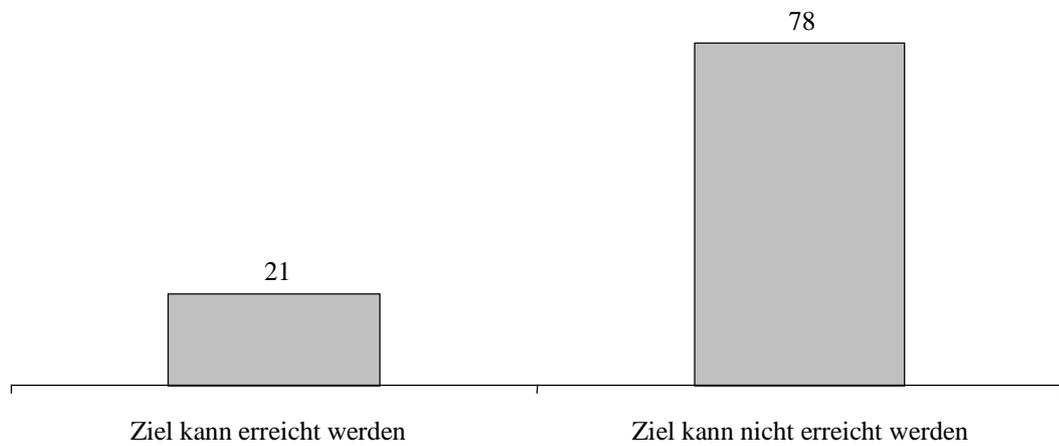
Allerdings trägt nur bei einer Minderheit von 22 Prozent die Bundesregierung die Hauptverantwortung für die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Die Mehrheit von 46 Prozent führt dies auf die weltwirtschaftliche Situation zurück.



Das von Schröder verkündete Ziel, die Zahl der Arbeitslosen auf 3,5 Millionen bis zur nächsten Bundestagswahl zu senken, wird von der absoluten Mehrheit der Bundesbürger als unrealistisch eingestuft (78 Prozent). Nur 21 Prozent vertrauen der SPD, dass es ihr gelingen wird, die Arbeitslosigkeit zu senken. Insbesondere in den neuen Ländern besteht kaum noch Hoffnung, dass dieses Ziel erreicht werden kann (83 Prozent).

Senkung der Arbeitslosigkeit

Bundeskanzler Schröder hat sich zuversichtlich geäußert, dass die Zahl der Arbeitslosen bis zum Herbst nächsten Jahres auf 3,5 Millionen gesenkt werden kann. Glauben Sie, dass dieses Ziel erreicht werden kann oder glauben Sie das nicht?



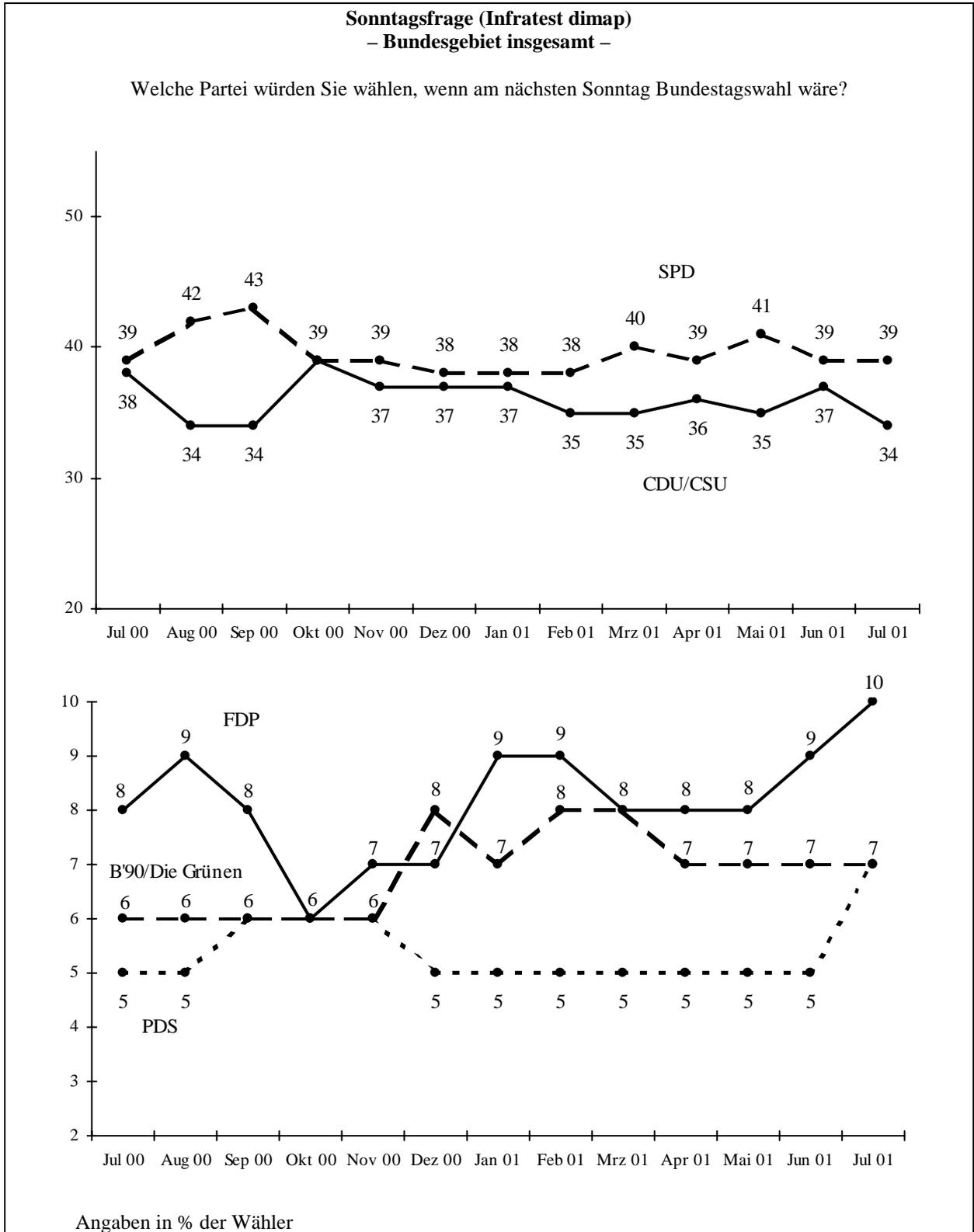
weiß nicht/keine Angabe: 1

Angaben in %, Infratest dimap (Juli 2001)

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

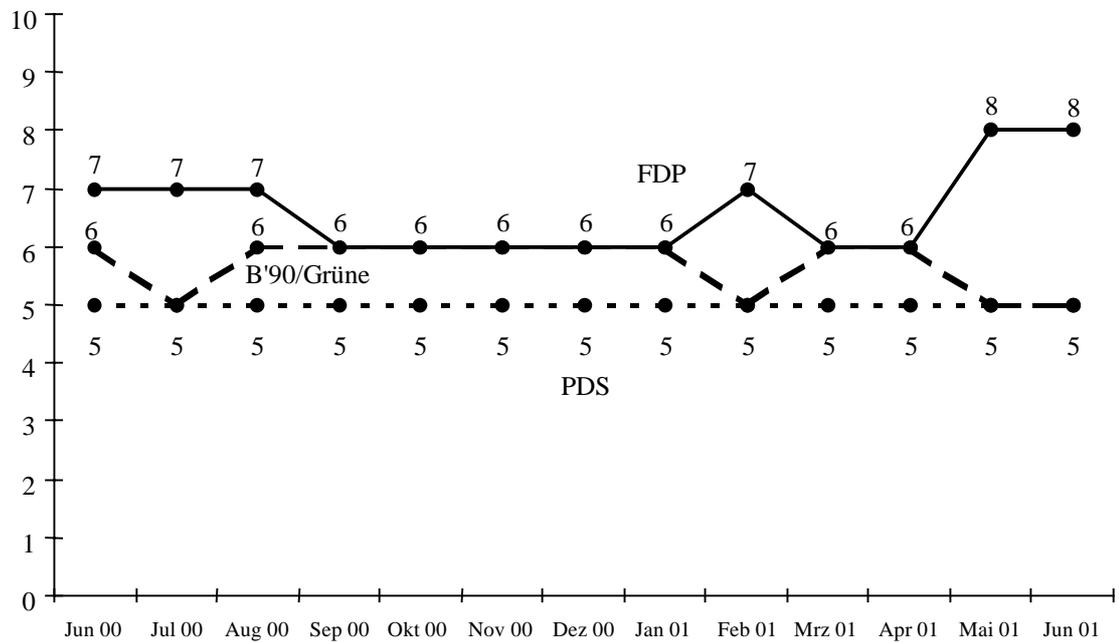
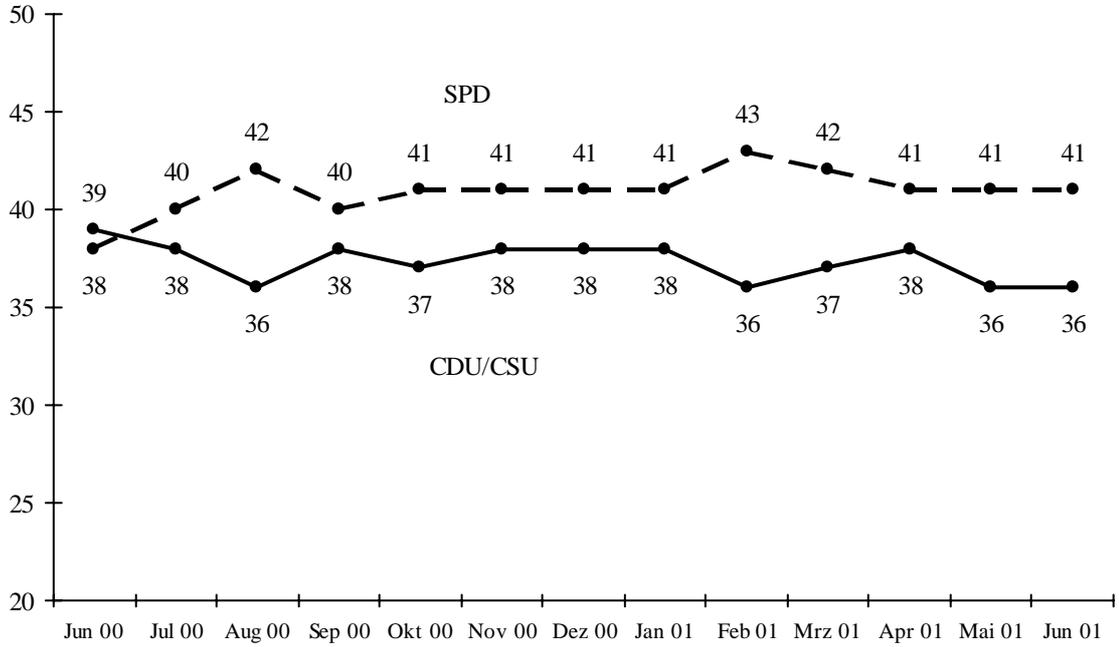
Anhang:

Zusammenschau langfristiger Trends



Sonntagsfrage (Forschungsgruppe Wahlen) - Bundesgebiet insgesamt -

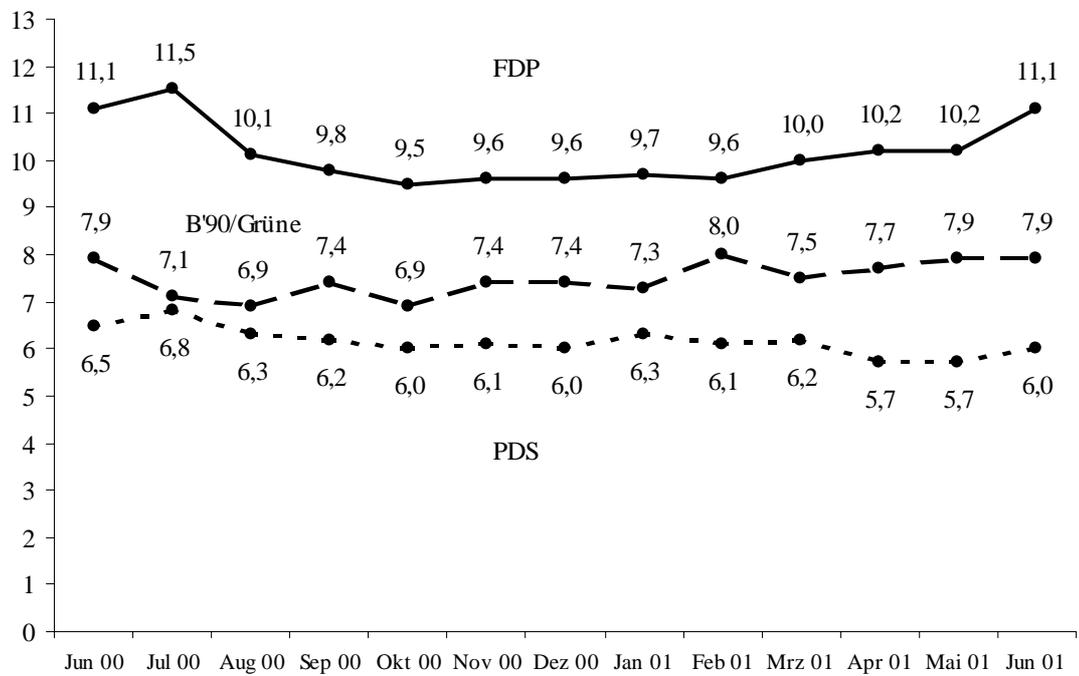
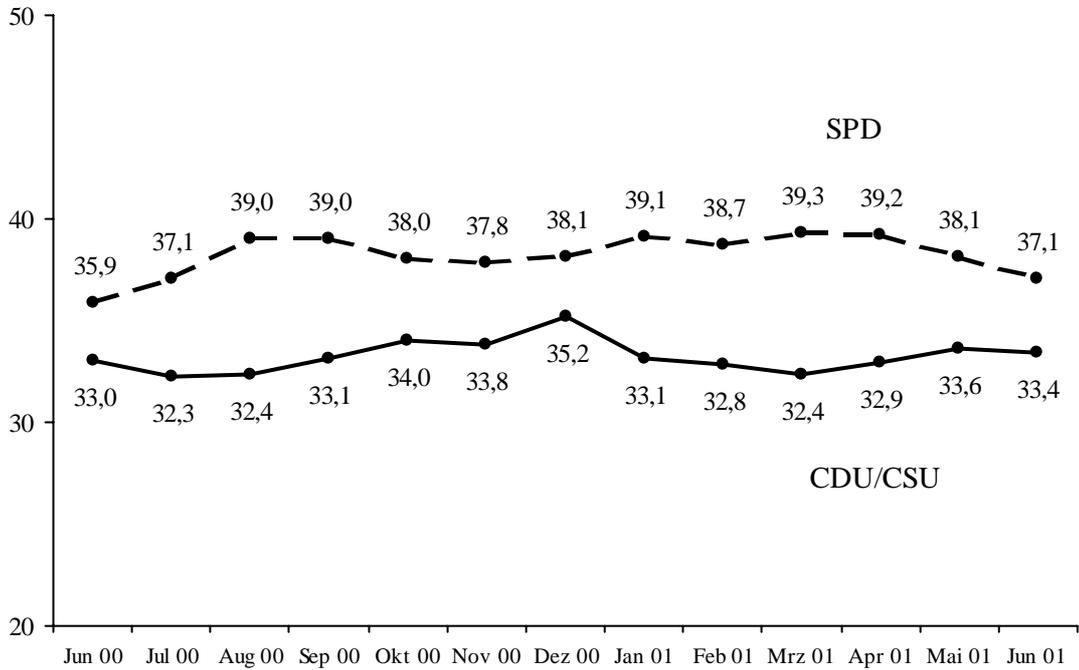
Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre...



Angaben in % der Wähler

Sonntagsfrage (Institut für Demoskopie Allensbach)
- Bundesgebiet insgesamt -

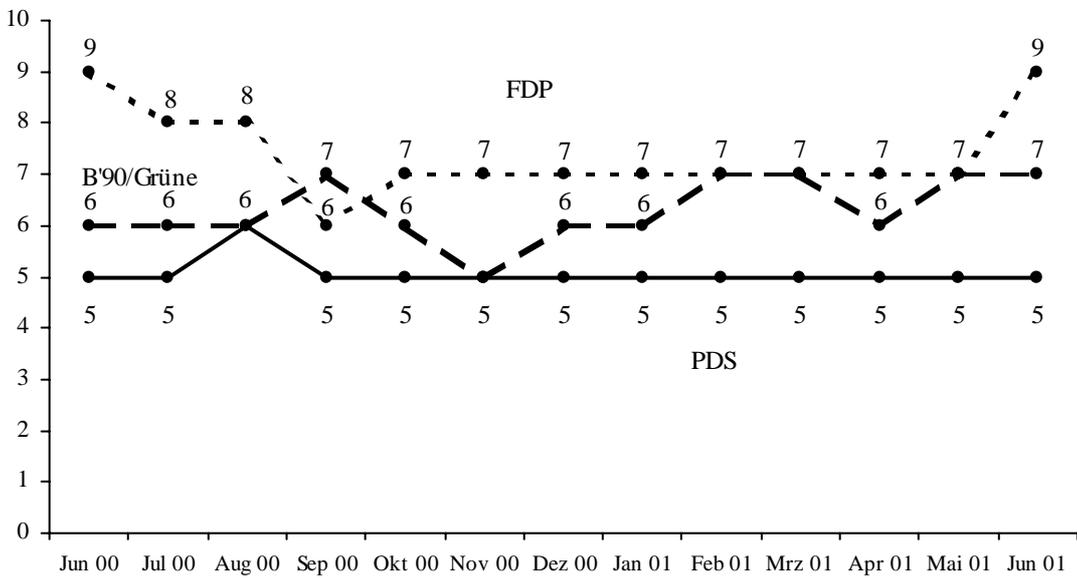
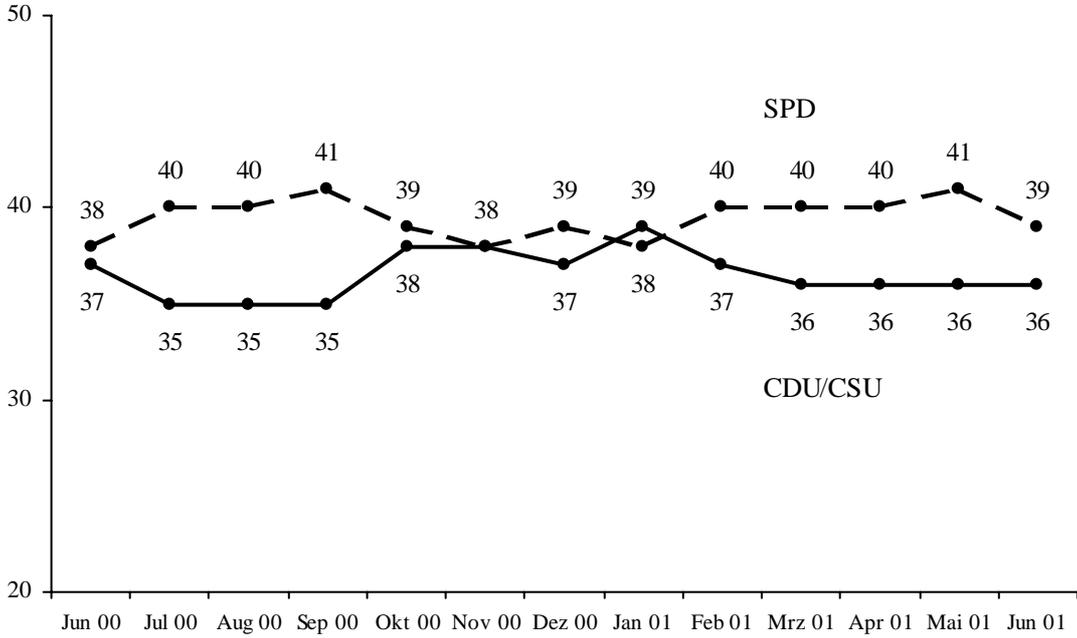
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?



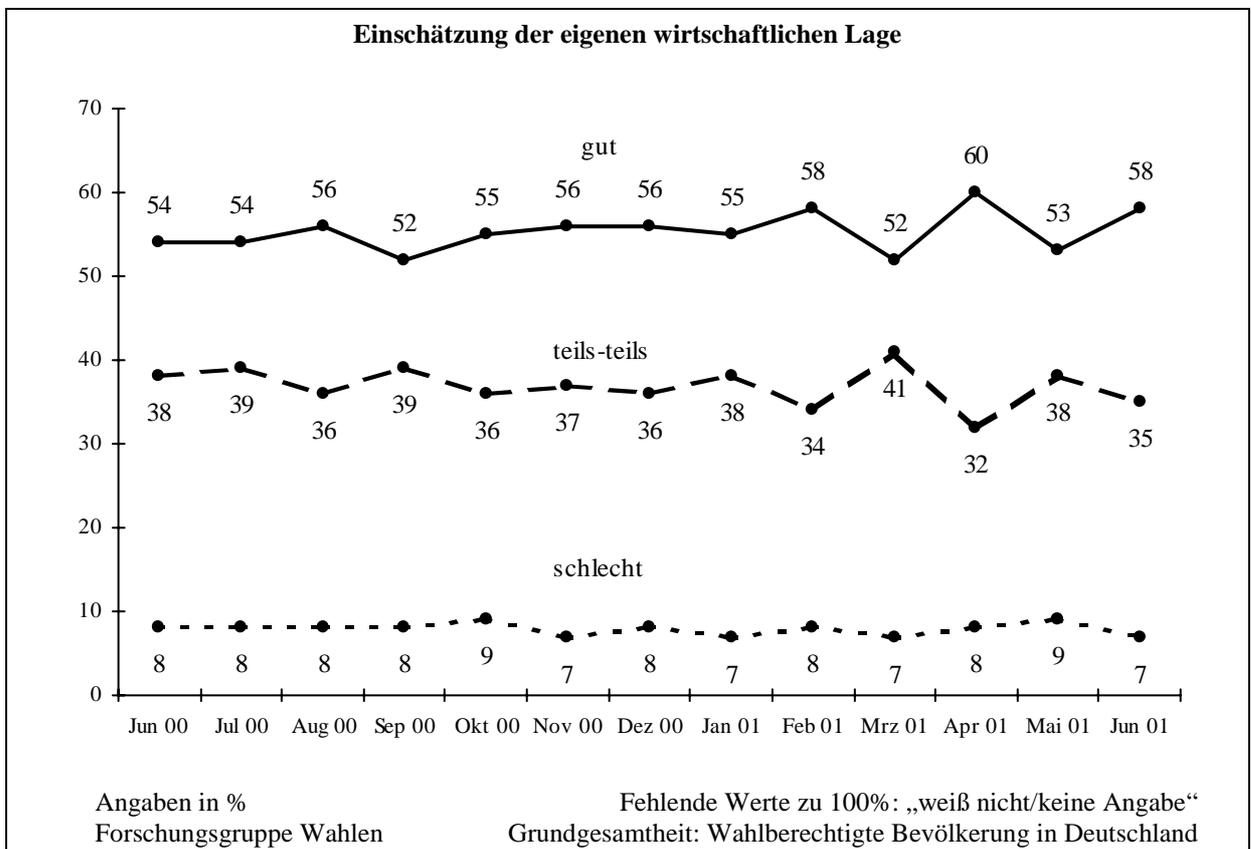
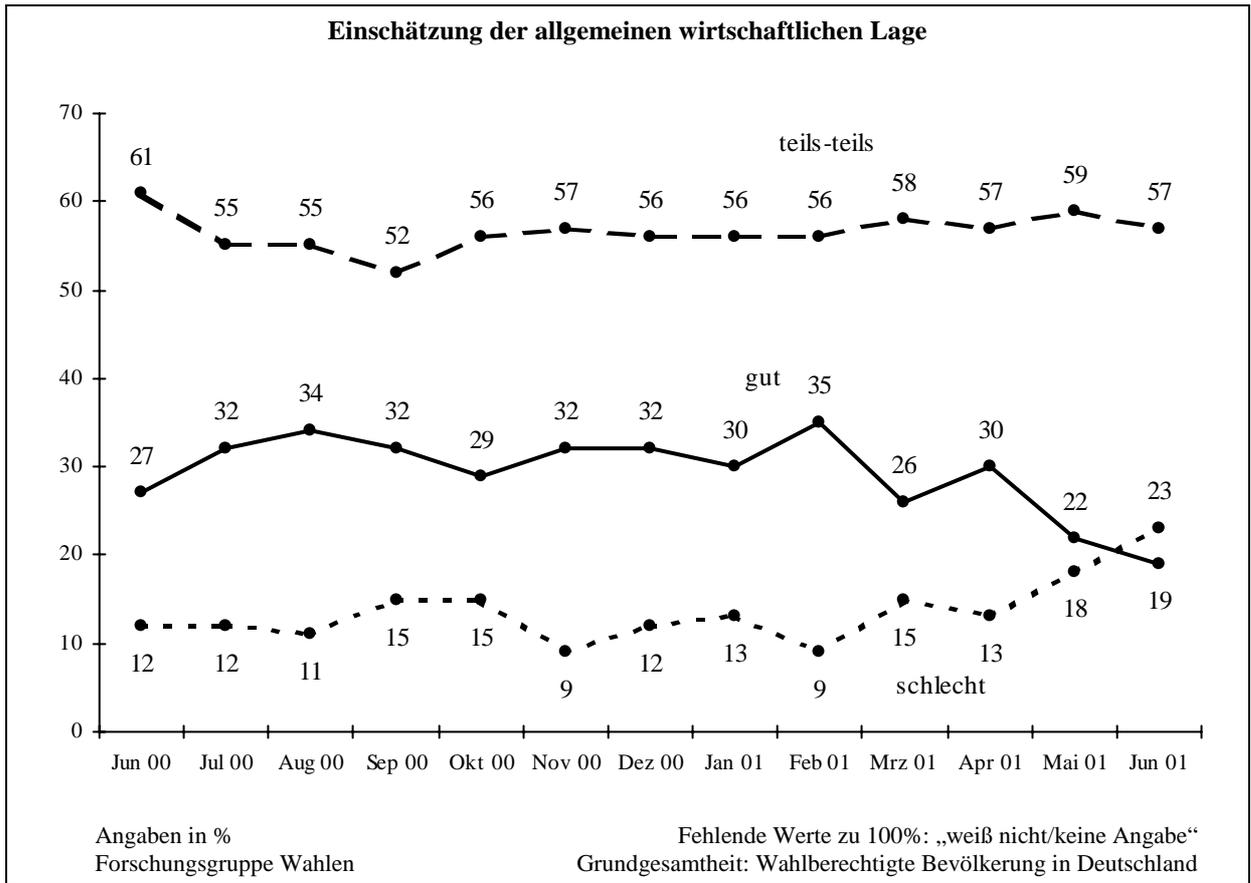
Angaben in % der Wähler

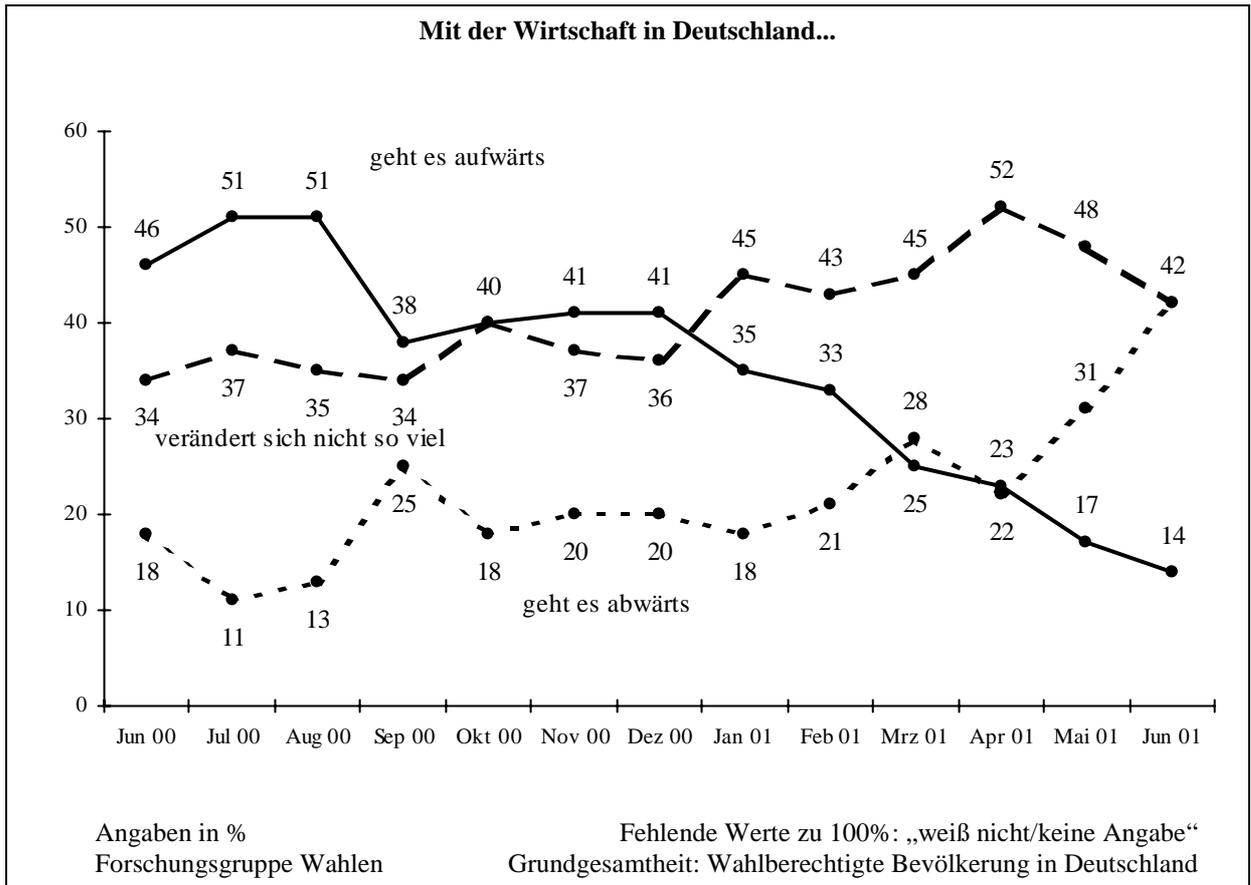
Sonntagsfrage (Emnid) - Bundesgebiet insgesamt -

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?



Angaben in % der Wähler





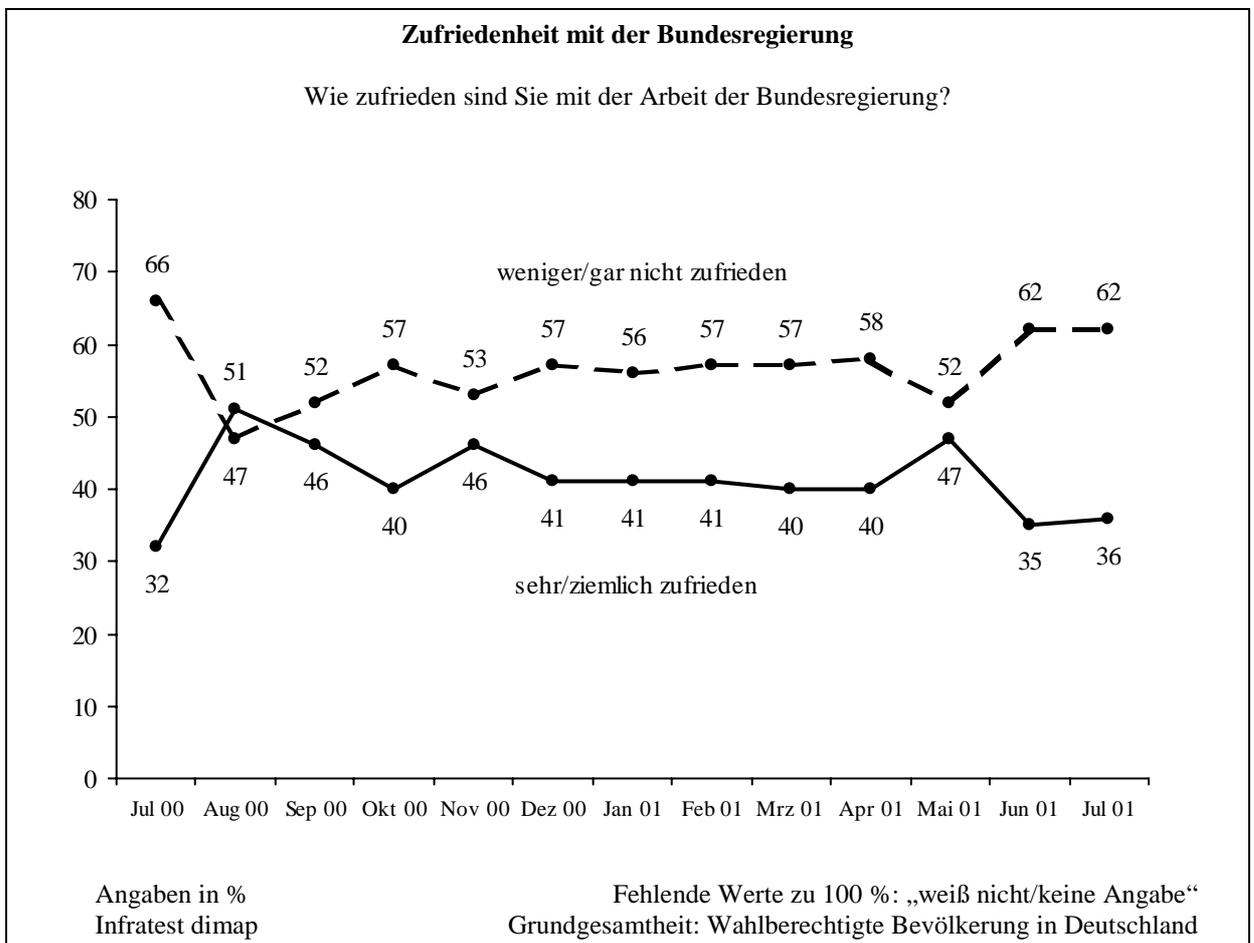
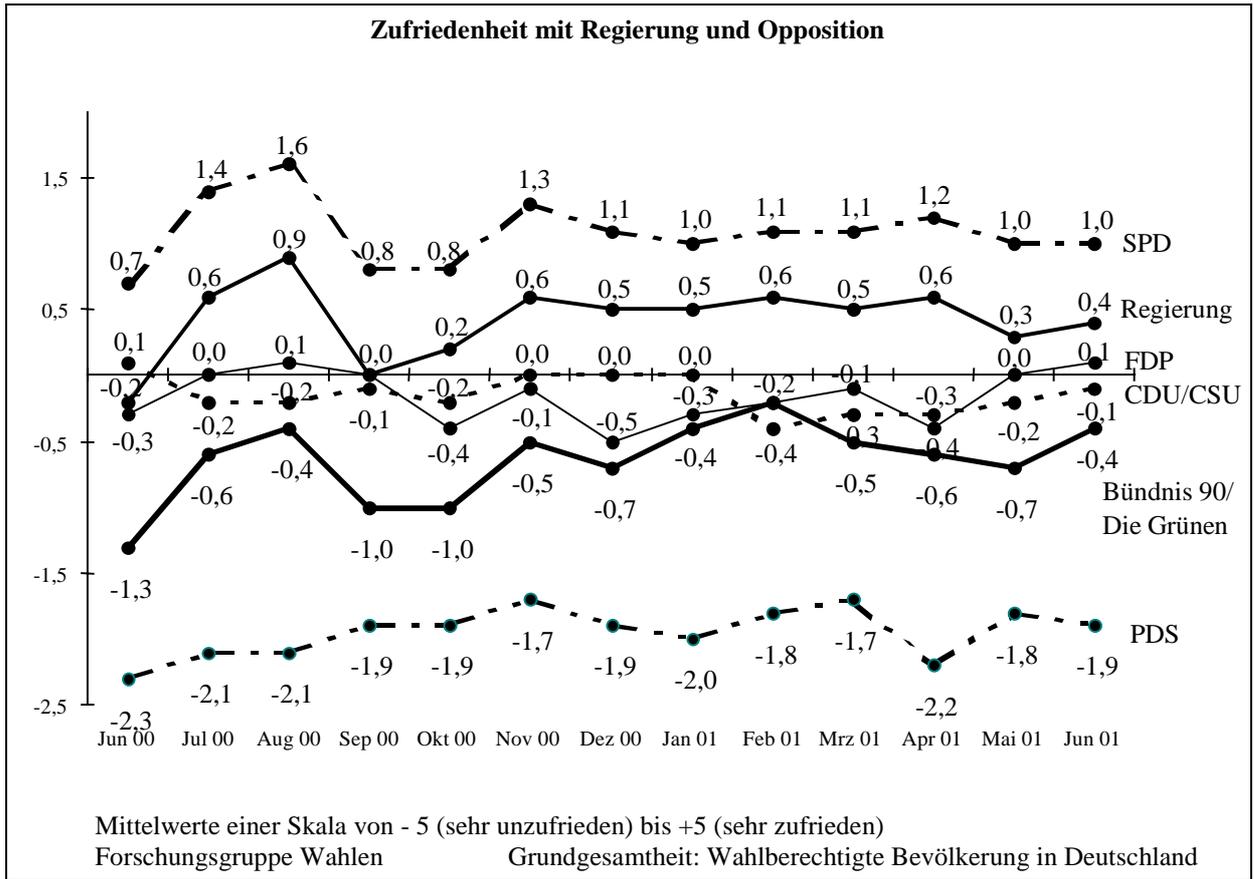
Wichtigkeit politischer Probleme (- spontane, offene Nennung -)

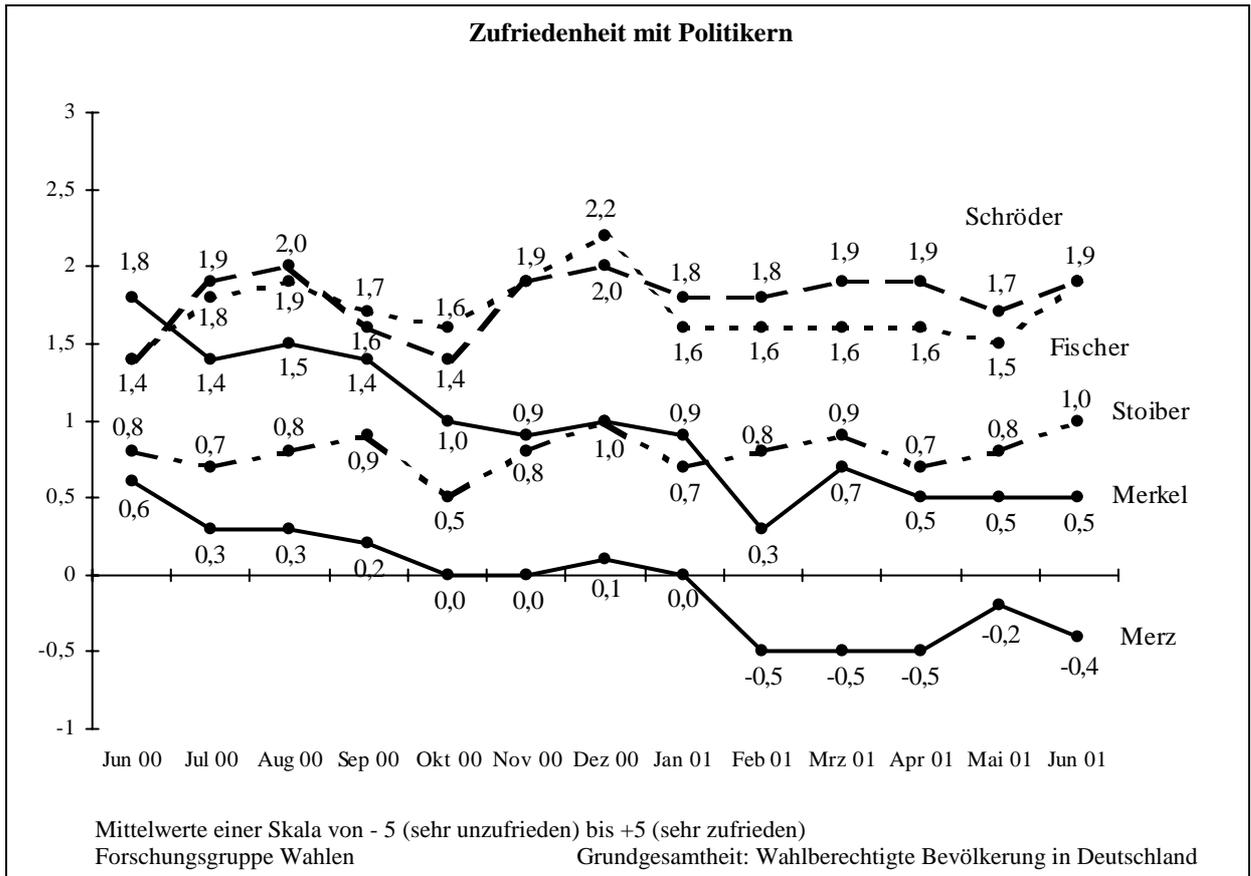
In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?

	Jun 00	Jul 00	Aug 00	Sep 00	Okt 00	Nov 00	Dez 00	Jan 01	Feb 01	Mrz 01	Apr 01	Mai 01	Jun 01
BSE/MKS/Lebensmittel							13	59	46	34	27		
Arbeitslosigkeit	58	55	52	38	46	44	46	37	40	46	44	55	55
Rechtsradikale	2	5	35	13	23	24	22	12	11	11	12	9	10
Renten/Alter	17	21	14	12	11	19	14	12	13	8	12	17	9
Steuern/Benzinpreise/Energie	18	16	11	48	22	12	12	5	5	6	5	13	8
Asyl/Ausländer	13	11	10	8	14	15	13	7	5	8	9	9	8
Politiker-Affären/Spenden	6	11	7	6	6	7	6	8	11	7	7	7	9
Umweltschutz	10	4	6	4	5	5	4	4	5	5	11	7	
Kriminalität	6	5	4	4	4	5	5	4	3	8	5	5	
EU/EURO	4		2	5	6	5	6					4	7
Gesundheitswesen							3	4					
Schule/Bildung	4	2	3										
Familie/Kinder/Jugend	3	4	4					3	3	3	6	8	7
Wirtschaftslage	4								2	3		4	7
Kosten/Preise/Löhne											2	7	7

Angaben in %; Mehrfachnennungen möglich; Forschungsgruppe Wahlen

Parteikompetenzen im Längsschnitt						
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei in Deutschland Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen?						
		5/2000	8/2000	11/2000	2/2001	5/2001
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	CDU/CSU	26	23	27	30	28
	SPD	45	51	46	42	43
	Diff.	-19	-28	-19	-12	-15
Wirtschaftsstandort Deutschland sichern	CDU/CSU	41	35	39	40	40
	SPD	36	42	35	33	34
	Diff.	+5	-7	+4	+7	+6
Gute Steuerpolitik betreiben	CDU/CSU	28	25	31	28	28
	SPD	42	45	35	38	37
	Diff.	-14	-20	-4	-10	-9
Gute Umweltpolitik betreiben	CDU/CSU		14	17		
	SPD		22	22		
	Diff.		-8	-5		
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	CDU/CSU	20	19	22	18	19
	SPD	47	48	45	46	46
	Diff.	-27	-29	-23	-28	-27
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	CDU/CSU	39	41	43	37	37
	SPD	27	28	25	29	27
	Diff.	+12	+13	+18	+8	+10
Altersversorgung langfristig sichern	CDU/CSU		29	30	30	26
	SPD		37	33	33	36
	Diff.		-8	-3	-3	-10
Gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben	CDU/CSU	28	25	27		25
	SPD	34	37	35		34
	Diff.	-6	-12	-8		-9
Eine verlässliche Außenpolitik betreiben	CDU/CSU	35	29	33	30	28
	SPD	36	39	37	35	37
	Diff.	-1	-10	-4	-3	-9
Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	CDU/CSU	28	25	29	28	
	SPD	34	38	31	31	
	Diff.	-6	-13	-2	-3	
Gute Gesundheitspolitik betreiben	CDU/CSU	25			24	
	SPD	36			31	
	Diff.	-11			-7	
Verbraucherschutz vorantreiben	CDU/CSU				15	17
	SPD				29	32
	Diff.				-14	-15
Den Wohlstand der Bürger sichern	CDU/CSU					33
	SPD					34
	Diff.					-1
Angaben in %; Infratest dimap						





Zufriedenheit mit Politikern

	Merkel	Merz	Stoiber	Schröder	Eichel	Riester	Scharping	Fischer	Trittin	Möller- mann	Wester- welle	Künast
Mrz 00	1,7		0,9	1,6	1,1		0,8	1,6				
Apr 00	2,4		0,9	1,6	1,0		0,7	1,6				
Mai 00	2,0	0,8	1,1	1,8	1,3		0,9	1,7				
Jun 00	1,8	0,6	0,8	1,4	0,8		0,7	1,4				
Jul 00	1,4	0,3	0,7	1,9	1,2		0,7	1,8	-0,8	-0,1		
Aug 00	1,5	0,3	0,8	2,0	1,7		0,8	1,9	-0,6	-0,1		
Sep 00	1,4	0,2	0,9	1,6	1,0		0,5	1,7	-1,1	-0,1		
Okt 00	1,0	0,0	0,5	1,4	0,9	0,0	0,4	1,6	-1,0	-0,5		
Nov 00	0,9	0,0	0,8	1,9	1,2	0,4	0,8	1,9	-0,5	-0,1		
Dez 00	1,0	0,1	1,0	2,0	1,1	0,3	0,6	2,2	-0,6	-0,4		
Jan 01	0,9	0,0	0,7	1,8	0,9	0,1	0,4	1,6			0,3	0,3
Feb 01	0,3	-0,5	0,8	1,8	1,1	0,2	0,2	1,6			0,4	1,3
Mrz 01	0,7	-0,5	0,9	1,9	1,0	0,2	0,1	1,6			0,4	1,6
Apr 01	0,5	-0,5	0,7	1,9	1,2		0,3	1,6	-1,3		0,2	1,5
Mai 01	0,5	-0,2	0,8	1,7	1,0		0,2	1,5	-1,0		0,8	1,2
Jun 01	0,5	-0,4	1,0	1,9	1,2		0,3	1,9	-0,9		0,7	1,2

Mittelwerte einer Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden)
 Forschungsgruppe Wahlen Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland



Zufriedenheit mit Politikern

	Merkel	Merz	Stoiber	Schröder	Eichel	Riester	Fischer	Westerwelle	Künast	Zimmer	Müller	Schmidt
Apr 00	70	25	47	59	45		72					
Mai 00	70	30	51	57	50		70				33	
Jun 00	65	29	47	56	43		67					
Jul 00	60	26	47	57	45		66					
Aug 00	62	29	48	69	57		79		20			
Sep 00	59	27	45	64	59		73					
Okt 00	55	26	47	53	45	30	68					
Nov 00	55	26	45	58	47	30	71			8		
Dez 00	51	28	47	61	48	31	71			9		
Jan 01	54	29	47	62	47	32	69	42		9		
Feb 01	44	27	46	64	50	34	73	40		10		
Mrz 01	40	20	49	60	45	30	67	35	50	8		
Apr 01	45	27	48	64	52		72	40	58	8		
Mai 01	46	26	46	65	49	36	70	43	60	13		
Jun 01	38	24	46	58	43		70	43	53	9		
Jul 01	42	23	52	60	52		76	47	57	9	32	26

Angaben in %; Anteile sehr/ziemlich zufrieden

Infratest dimap

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland